

Die wahre Alternative zu Putins Gas

Welt, 08.04.2022, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus237767053/Energiesicherheit-Die-wahre-Alternative-zu-Putins-Gas.html?sc_src=email_2013447&sc_lid=198240894&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=740&sc_cid=2013447&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Bis 2030 will Deutschland 80 Prozent des Strombedarfs mit Erneuerbaren decken. Das scheint immer unrealistischer

Bislang drehte sich alles ums Klima. Doch seit Russlands Krieg gegen die Ukraine stehen Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit von Energie und geopolitische Unabhängigkeit im Fokus. Weil verfügbare fossile Energien langfristig keine Option sind, deutet nun alles auf einen neuen Energieträger der Zukunft hin.

Fenster mit Dichtungsband abdichten, auf Heizpilze verzichten, Hände mit kaltem Wasser waschen, Sauna ausschalten, Beleuchtung dimmen: Wir brauchen jetzt ein „historisches Energiesparpaket“, postuliert die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (Denef). Die von ihr veröffentlichte Liste mit Spartipps ist lang und hört beim Verzicht auf Stand-by-Schaltungen, Klimaanlage und Autofahrten noch lange nicht auf. Denn Energiesparen, so der Interessenverband, werde „zur Frage der nationalen Sicherheit“.

Die Bundesregierung handelt noch nicht danach. Explizit im „nationalen Interesse“ ist für sie lediglich der Ausbau der erneuerbaren Energien. Ein entsprechender Passus soll in die neuen Gesetze aufgenommen werden, die als „Osterpaket“ demnächst beschlossen werden. Sicher ist auch das wichtig.

Doch selbst eine Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien in „Tesla-Geschwindigkeit“, wie sie Robert Habeck, der zuständige Bundesminister für Wirtschaft und Klima, plant, kann Deutschland nicht in einem überschaubaren Zeitraum und schon gar nicht „schnell“ aus russischer Abhängigkeit befreien.

Stand heute deckt Deutschland seinen Primärenergiebedarf zu über 75 Prozent mit den fossilen Brennstoffen Öl, Gas und Kohle ab, ein Großteil davon jeweils aus russischer Lieferung. Die sogenannten „neuen Erneuerbaren“ Wind und Solarkraft decken trotz hoher Ausbauraten und Beihilfen im dreistelligen Milliardenbereich aktuell erst 5,4 Prozent des deutschen Primärenergiebedarfs (weltweit sind es unter zwei Prozent).

Gemischte Signale

Vor diesem Hintergrund ist das Vorhaben, allein den Ökostromausbau zu einer Frage des nationalen Sicherheitsinteresses zu erheben, eine bemerkenswerte und rechtlich überdies fragwürdige Akzentuierung. Zumal die Bundesregierung zugleich glaubt, auf 66 Terawattstunden CO₂-freien Atomstrom aus den letzten noch nutzbaren Kernkraftwerken verzichten zu können, obwohl diese Menge Elektrizität größer ist als die Jahresproduktion aller deutschen Solaranlagen zusammen. Die Energiepolitik, so

viel kann man mindestens sagen, sendet mitten in der Preis- und Versorgungskrise gemischte Signale.

Energiesparen und Erneuerbare ausbauen, das schließt sich natürlich nicht aus: Beides wird wichtig, wenn wir kurzfristig von unserem Hauptenergielieferanten Russland abgeschnitten werden. Doch angesichts der Herausforderung wird die Frage der Priorisierung wichtig. Der Staat kann nicht alles steuern, der Bundeshaushalt kann nicht alles finanzieren, was wünschenswert wäre. Kurzfristig geht es zwar um Notfallmaßnahmen, die starke Staatseingriffe und hohe Steuermittel erfordern. Mittel- und langfristig aber ist diese Art von Kriegswirtschaft nicht durchzuhalten.

Ohne Märkte und die Mobilisierung von privatem Kapital lässt sich Deutschland nicht versorgen. Wie aber kann es der Energiepolitik künftig gelingen, privatwirtschaftliche Akteure zu Investitionen zu ermuntern, sie gleichzeitig aber so zu steuern, dass sie den neuen geopolitischen Interessen Deutschlands und Europas entsprechen?

Das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) behauptet bislang, ein Zieldreieck zu verfolgen: Preisgünstig soll die Energieversorgung sein, sicher und umweltverträglich. Doch schon in der Ära Merkel erfüllte das Gesetz seinen Zweck nicht. Die Energiepolitik diente fast ausschließlich dem Klimaschutz.

Die Versorgung ist unsicherer geworden

Die politisch verfügte Abschaltung von verlässlich produzierenden Kohlekraftwerken zugunsten von saison- und wetterabhängiger Wind- und Solarkraft erhöhte eben nicht die Sicherheit der Versorgung. Trotz der irreführenden Hinweise auf den berühmten Saidi-Index ist das Gegenteil der Fall: Die Versorgung wurde unsicherer, wie die stark steigende Zahl von Notfalleingriffen der Netzbetreiber belegt, ebenso wie die nicht mehr bezweifelbare Existenz einer „Stromlücke“ in Deutschland.

Der explizite Gesetzeszweck einer „preisgünstigen“ Energieversorgung wurde gleich komplett ignoriert, wie sich an den weltweit höchsten Verbraucherstrompreisen ablesen lässt.

Erst der russische Angriffskrieg auf die Ukraine zwingt die Bundesregierung dazu, sich an die ignorierten Eckpunkte des Zieldreiecks zu erinnern.

Versorgungssicherheit überragt plötzlich alles. Gleich danach folgt auf der Prioritätenliste nun nach langer Zeit wieder die Bezahlbarkeit von Energie, weil die Abkehr vom billigen Lieferanten Russland die Preise so steigen lässt, dass enorme soziale Verwerfungen und Unternehmenspleiten mitsamt Arbeitslosigkeit zu befürchten sind.

Klimaschutz aber muss jetzt warten. Habeck sagt das fast explizit, und nur er, ein Grünen-Politiker, kann das der Parteiklientel glaubhaft vermitteln. Sein Kauf von Flüssig- beziehungsweise „Fracking-Gas“ für 1,5 Milliarden Euro Steuergeld, die von ihm angeordnete Überprüfung des Kohleausstiegs sind Belege, dass er es ernst meint.

Ein weiterer Tabubruch mit Ansage

Der nächste Tabubruch könnte in der Legislaturperiode ab 2025 folgen. Dann wird mit einiger Sicherheit feststehen, ob die Regierung ihr Ziel von 80 Prozent Ökostrom bis 2030 schafft und die CO₂-Emissionen um 65 Prozent senkt. Zweifel sind schon jetzt angebracht.

Die rechnerisch nötigen 200 Gigawatt Solarkraft bedeuten, dass eigentlich ab sofort pro Stunde 20.000 Solarmodule verlegt werden müssten. Ein Heer hoch qualifizierter Facharbeiter muss erst noch ausgehoben werden, das innerhalb weniger Jahre Millionen von Wärmepumpen installiert und Hunderttausende Häuser dämmt. Fraglich ist auch, ob der Windkraft-Turbo zündet und sich die Klagen von Anwohnern, Vogelfreunden, Wald- und Meeresschützern durch ein neues Genehmigungsrecht verhindern lassen. Die historisch nie da gewesene Dimension dieser Art von Wende der Energieversorgung ist also mit enormen Unwägbarkeiten belastet.

Eine Energiepolitik aber, die allein und blind auf das Gelingen einer Ökostromrevolution auf Basis von Wind- und Solarstrom wettet, ist eine zu riskante Energiepolitik, die den Erfordernissen der Versorgungssicherheit nicht gerecht wird. Der in der grünen Ministerialbürokratie immer noch lebendige Traum einer „All Electric Society“ taugt nicht als Handlungsanweisung.

Wie muss die Energiepolitik nach dem Ende der akuten Notlage aussehen? Das Ziel, die Bezugsquellen für Öl und Gas zu diversifizieren, ist gesetzt und unstrittig und wird von Habeck mit dankenswertem Nachdruck verfolgt. Doch eine langfristige Lösung ist das nicht: Fossile Energien, die russisches Gas ersetzen könnten, sind nicht beliebig verfügbar. Die Potenziale der Lieferanten Niederlande, Norwegen und Großbritannien sind begrenzt.

Politisch motivierter Run auf Wasserstoff

Die übrigen fossilen Ressourcen liegen in der „strategischen Ellipse“ zwischen dem Nahen Osten und dem kaspischen Raum, zum Teil unter Kontrolle der Opec. Das knappe Angebot von verflüssigtem Erdgas, LNG genannt, ist auch in Japan, China und anderen asiatischen Staaten heiß begehrt. Was LNG angeht, fischen alle im selben Teich. Das macht das Tankergas zu einer teuren, nur kurz- bis mittelfristig nutzbaren Ressource.

Die Optionen für eine Energiepolitik, die Sicherheit, Unabhängigkeit und Klimaschutz kombinieren kann, sind damit begrenzt. Es scheint zwangsläufig auf einen Sprint in die Wasserstoffära hinauszulaufen. Deutlich schneller als bislang geplant müssen Produktion und Import des klimaneutralen Brennstoffs auf industrielles Niveau gehoben werden, um den Energiebezug auf eine breitere Grundlage zu stellen, die auch den Erfordernissen von Bezahlbarkeit und Klimaschutz gerecht wird.

Die Chancen stehen gut, denn Deutschland steht hier nicht allein. Wasserstoffprojekte schießen weltweit bereits aus dem Boden. In Europa hat die CO₂-Bepreisung dafür gesorgt, dass die Industrie einen besonders hohen finanziellen Anreiz hat, auf wasserstoffbasierte Brennstoffe umzusteigen. Der Vorstandsvorsitzende des größten italienischen Gaskonzerns Snam, Marco Alverà,

verfolgt bereits aktiv die Idee einer Wasserstoffpipeline zwischen Tunesien und Italien.

In Nordafrika gibt es ausreichend Fläche, Wind- und Sonnenstunden, um mit Solar- und Windparks Elektrolyseanlagen zu betreiben. Der dort produzierte Wasserstoff könnte – in industriellen Größenordnungen hergestellt – schon bald preislich mit Erdgas konkurrieren.

Die Neuerfindung von Desertec

Die einst auf „Wüstenstrom“ spezialisierte Organisation Desertec hat sich ebenfalls schon vor Jahren als Desertec 3.0 neu erfunden und treibt ähnliche

Wasserstoffprojekte in Nordafrika, dem Nahen und Mittleren Osten voran.

Gaspipelines zwischen Marokko und Spanien könnten zum Wasserstofftransport mitgenutzt oder komplett umgewidmet werden. An Bord der „neuen Desertec“ sind führende arabische Energiemultis sowie bereits wieder mehr als 60 europäische Konzerne, darunter RWE, E.on und Siemens.

Damit stehen die Chancen gut, dass die „Wasserstoffrevolution“ früher ausbricht als erwartet. Noch über viele Jahre dürfte die Produktion des grünen Energieträgers zwar nicht hinreichen, um Russland oder gar die Opec zu ersetzen. Doch schneller als gedacht kann „Wüstenenergie“ in Form von Wasserstoff zu einer starken Alternative heranwachsen.

Das Mosaik Energie exportierender Staaten wird mit dem neuen Energieträger deutlich bunter, die Macht fossiler Monopole und Kartelle begrenzt. Zu guter Letzt kann Wasserstoff dem „vergessenen Kontinent“ Afrika endlich eine wirtschaftliche Zukunft geben. Wasserstoff wird das neue Erdgas. Den Schock des Russlandkrieges verwertet die Bundesregierung deshalb am besten dadurch, dass sie ihre Energiepolitik möglichst schnell und konsequent auf die Herstellung, den Import und die Nutzung des neuen Energieträgers ausrichtet.